DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

März 3/ 1997

Förderverein „Gedenkstätte Ostertorwache"

Georg Gumpert zum 1. Vorsitzenden gewählt

Seitdem bekannt wurde, die Ostertorwache wird privatisiert, lebt die Idee wieder auf, eine Gedenkstätte für die Opfer des Naziregimes dort einzurichten.

Die Verhandlungen der Kameraden Georg Gumpert sen. und Rainer Habel mit der Wilhelm Wagenfeldstiftung hatten Erfolg. Die Stiftung stimmt der Überlassung von einer Anzahl Zellen sowie dem Teil des Kellers mit der Dunkelzelle zu.

Für die Gestaltung der Ostertorwache und der Gedenkstätte wurde eine Begehung durchgeführt. Diese Begehung wurde im Fernsehen (Buten und Binnen) ausgestrahlt. Im Nachhinein wurde der Förderverein: „Gedenkstätte Ostertorwache" gegründet. Dieser Verein fand in der Öffentlichkeit Zustimmung. Zum 1. Vorsitzenden wurde Georg Gumpert sen. und zum 2. Vorsitzenden Rainer Habel gewählt.

Der 1. Vorsitzende des Vereins, Georg Gumpert, ist ein Zeitzeuge. Ein Zeitzeuge, den viele Bremerinnen und Bremer in „Buten und Binnen" erleben konnten. Beim Gang durch das Haus beantwortete er Fragen und schilderte besonders die Situation in der Ostertorwache. Er war beteiligt an einer Widerstandsgruppe, die nicht nur aus Kommunisten bestand. Als Verbindungsmann zwischen der Gruppe „AG Weser" und anderen Gruppen kannte er natürlich sehr viele Kameradinnen und Kameraden, die im Widerstand waren.

Durch einen Zufall kam die Gestapo hinter die Tätigkeit der Widerstandsbewegung. Georg gehörte zu der zweiten Verhaftungswelle. Im Juli 1936 wurde er verhaftet.

Bis Ende 1936 wurden über einhundert verhaftet. Eindrucksvoll schilderte G.G. seinen Aufenthalt in der Dunkelzelle, die vor 160 Jahren für Gesche Gottfried eingebaut worden war. Am Tritt erkannte er, wer die Treppe herunter kam, um ihn zu „besuchen". Besonders die jüdischen Häftlinge wurden mißhandelt. Besonders das Schicksal von Walter van Perlstein ging ihm sehr nahe. Der Schauspieler und Dramaturg genoß großes Ansehen. Er wurde im September 1936 verhaftet. Im Prozeß Lührs u.a. wurde Walter van Perlstein vom Oberlandesgericht zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er bekam die höchste Strafe. Georg Gumpert erhielt in diesem Prozeß dreieinhalb Jahre Zuchthaus. Alle Verurteilten kamen in das Zuchthaus Oslebshausen. Nach Ablauf der Haft kam G.G. in das KZ Börger-Moor. Walter van Perlstein wurde am 04. September 1941 dem KZ Mauthausen überstellt. Seine Rückkehr war unerwünscht. Nach 3 Monaten wurde er ermordet.



Ehrenmal für die Opfer des NS-Regimes Bremen, Ostertor

Seine Frau Gerda van Perlstein konnte nach England fliehen. Sie arbeitete dort in einer Emigrantenorganisation. Sie war die erste Sekretärin der VVN im Land Bremen.

Die VVN im Lande Bremen wurde am 15. Januar 1947 von der USA-Administration genehmigt. G.G. gehörte zu den Gründern der VVN. Bis 1983 war er Vorsitzender der VVN in unserem Land.

Schon 1951 wurde die Auflösung des Ostertorgefängnisses angekündigt, erzählte G.G. bei der Begehung. Die VVN hatte damals schon eine „Gedenkstätte Ostertorwache" gefordert. Statt dessen wurde das kleine Gefängnis Abschiebehaftanstalt. Die hygienischen Zustände glichen die des 17. Jahrhunderts. (Anm.: letzter Satz neu hinzu gekommen, bitte einfügen .)

Nachdem G.G. 1983 den 1. Vorsitz der VVN niederlegte, übernahm er die Funktion des Vorsitzenden vom „Emslandlager Gemeinschaft Förderverein e.V.". Trotz seiner Tätigkeit in diesem Förderverein hat er die „Gedenkstätte Ostertorwache" nie aus dem Sinn verloren.

In Kürze vollendet Georg Gumpert sein 83. Lebensjahr. Wir wünschen ihm weiterhin Gesundheit und Kraft sowie Erfolg in seinem antifaschistischen Einsatz.

i.A. Willy Hundertmark
(Ehrenvorsitzender)

Zerschlagung der Arbeiterbewegung führte zum Holocaust

„Hitlers willige Vollstrecker"

„Die Goldhagen-Debatte ... und ihre Folgen in Deutschland, Israel und in den USA", das war der Titel einer Podiumsdiskussion im Gästehaus der Universität auf dem Teerhof. Der Saal war mit weit über 200 Besuchern total überfüllt. Zum Buch des Havard-Dozenten Daniel Goldhagen „Hitler's willige Vollstrecker", das den Anteil des „ganz gewöhnlichen Deutschen" am Holocaust in den Mittelpunkt rückt, entwickelte sich nach Kurzvorträgen von vier Professoren aus den USA, Israel und Deutschland eine recht lebhafte Diskussion mit Teilnehmern aus dem Publikum.

Es ist hier nicht annähernd möglich, die ganze Bandbreite der aufgeworfenen, vielfach kritischen Fragen darzustellen. Einige persönliche Eindrücke seien jedoch erlaubt.

Offensichtlich erweckt das Buch großes Interesse vor allem unter der studierenden Jugend und Historikern. Und ich glaube, sein Erfolg hängt damit zusammen, daß es auf die Fragen an die Generationen von damals – an die zum Teil eigenen Großväter – „wie war der Holocaust möglich? Habt ihr von der Ausrottung der Juden gewußt? Wart ihr selbst Täter?" s c h e i n b a r einfache Antworten gibt. Goldhagen führt alles auf den tief „im Deutschen verwurzelten Antisemitismus" zurück. Das barbarische Verhalten der Deutschen gegen die Juden, so Goldhagen, entsprach dem „normalen" Deutschen. Die Deutschen sind nach ihm kein normales Volk (wie die Amerikaner) und sozusagen potentielle Mörder.

Ich halte eine solche Sicht für falsch und gefährlich. Sicherlich, unterschiedliche geschichtliche Entwicklungen prägen nationale Mentalitäten, aber Kriege und Ausrottungsfeldzüge entstehen nicht wegen solcher Mentalitäten. Sie werden von den Herrschenden, von ökonomisch und politisch Mächtigen und den dafür von ihnen forcierten Kräfte organisiert.

Es ist geschichtliche Tatsache, daß das deutsche Industrie- und Bankkapital Hitler und seine Nazipartei massiv gefördert und zur Macht verholfen hat. Es gab ihm die Mittel, seine von Völkerhass, Antisemitismus und Antikommunismus triefende Ideologie in die Köpfe von Millionen hineinzutrichtern und negative Anlagen im einzelnen so zu verstärken, daß er zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit fähig wurde. Er unterstützt bereitwillig das Vorgehen der braunen Horden zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die Verfolgung, Einkerkerung und Ermordung der Besten aus den Reihen der Kommunisten, Sozialdemokraten und parteiloser und christlicher Gewerkschafter. Weil diese der ungehemmten Verbreitung der Naziideologie Widerstand entgegensetzten, erfolgte gegen sie der erste Schlag. Dann war der Weg frei für Holocaust und Eroberungs- und Vernichtungskrieg.

Will man erneute Barbarei – in vielen Ecken der Welt ist sie ja in vollem Gange – wirksam entgegentreten, dann darf man nicht im Ideellen hängenbleiben, dann gilt es, gesellschaftliche Strukturen und Kräfte zu fördern, die antifaschistisch, demokratisch-human und pazifistisch eingestellt sind und bewußt für die Einschränkung der Macht des großen Geldes und der mit ihm verbundenen Politiker und Militärstrategen einzutreten.

Herbert Breidbach

Ehrung der Verteidiger der Bremer Räterepublik

Am 04. Februar 1919 wurde die Bremer Räterepublik hinterrücks von den Gerstenberger-Truppen zusammengeschossen und 30 Arbeiter und Soldaten ermordet. Verantwortlich war der Wehrminister Noske, ein rechter Sozialdemokrat. Am Sonntag, dem 02. Februar, wurde in einer eindrucksvollen Gedenkfeier der Gefallen gedacht.

Drei Redner haben hervorragend die Rolle der Bremer Räterepublik dargelegt und auch deutlich gemacht, daß eine dauerhafte demokratische und friedliche Entwicklung nur durch ein gemeinsames Handeln der werktätigen Massen möglich wird!

Neben einer größeren Beteiligung als in den letzten Jahren fand ich sehr gut, daß neben unserem Ehrenvorsitzenden Willy Hundertmark auch ein aktiver Betriebsrat und Gewerkschafter, Kurt Müller, und der Vorsitzende der Gesamtschülervertretung Mathias Hirscher gesprochen haben.

Auch der Bericht und das Bild im Weser-Kurier waren meines Erachtens ansprechend.

Friedel Becker

Kurz und wichtig

Nachdem bekannt wurde, daß lettische Waffen-SS-Leute eine „Opferrente" vom Bonner Arbeitsministerium erhalten, haben auch Holländer Rente beantragt. Insgesamt sind 20.000 der SS freiwillig beigetreten. Vielleicht gibt es auch Holländer, die in der Internierung nach dem 08.05.1945 einen Schnupfen bekommen haben.

Interessant wäre eine Erhebung über die Anzahl der Beamten, die mit dem 131 GG wieder in Amt und Würden kamen, obwohl sie Kriegs- und Naziverbrecher waren.

Erst 1953 wurde das Gesetz zur Wiedergutmachung beschlossen. Und das war so miserabel, daß es 1956 „nachgebessert" werden mußte. Das Gesetz lobte den Widerstand gegen das Naziregime und schloß mit dem Artikel 6.1.2 alle aus, die gegen die FDGO verstießen.

Das Sondergericht in Hannover hat 1939 – 1945 insgesamt 3.000 Urteile gefällt. Davon waren 210 Todesurteile.

Dank an alle

Auf unserer letzten Landesvorstandssitzung habe ich den Kassenbericht des vergangenen Jahres vorgetragen, dieser schloß mit einem soliden Saldo ab.

Wie bekannt, werden wir von keiner öffentlichen Stelle unterstützt, auch haben wir keine Sponsoren. Unsere finanziellen Mittel werden nur durch Mitgliedsbeiträge und Spenden erbracht. Als Landeskassierer möchte ich hiermit allen ordnungsgemäßen Beitragszahlerinnen und SpenderInnen, vor allem den DauerspenderInnen, recht herzlich danken.

Wir würden uns freuen, wenn einige Mitglieder ihren Beitragssatz noch einmal überprüfen könnten. Auch möchten wir an unser 50jähriges Bestehen und die entstehenden Kosten erinnern. Wer Lohnsteuern zahlen muß, kann die Beträge und Spenden beim Finanzamt einreichen, entsprechende Bescheinigungen stellen wir auf Wunsch gerne aus.

Friedel Becker

Antifaschismus: Tradition und Zukunftsentwurf

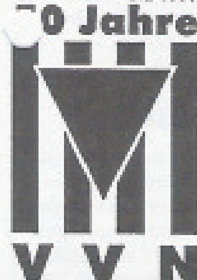
50 Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Festakt am 15. März 1997

im Dominikanerkloster Frankfurt am Main, Kurt-Schumacher-Straße 23 (am Börneplatz)

Programm:
13:00 Uhr Beginn
Emil Mangelsdorff: (Saxophon)
Alfred Hauser: Begrüßung
Grußworte
Beate Klarsfeld: „Antifaschismus – Tradition und Zukunft"
Gina Pietsch: (Gesang) und **Dietmar Ungerank:** (Gitarre)
Kurt Goldstein (IVVdN): „Gemeinsame Wurzeln – Perspektiven für den Antifaschismus"
Stephan Hermlin: Lesung
Pause
Dr. Ulrich Schneider: „50 Jahre Wirken der VVN für eine neue Welt des Friedens und der Freiheit"
Johannes Mario Simmel: Lesung
Manfred Lemm: Jiddische Lieder
Rolf Becker: Rezitation
Rosel Vadehra-Jonas: Ehrung von Mitgliedern der Gründergeneration
Peter Gingold und **Esther Bejarano:** Appell an die Jugend
Moorsoldatenlied
17:15 Uhr Ende der Veranstaltung
Moderation: **Conny Kerth**

50 Jahre VVN



Mitte März 1947 kamen in Frankfurt/M. Frauen und Männer, die im Widerstand gegen den Faschismus gestanden hatten, die als Verfolgte Opfer des NS-Regimes waren, zur ersten interzonalen Konferenz der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes zusammen. Aufgrund alliierter Auflagen war es auch den Antifaschistinnen und Antifaschisten bis dahin nur möglich gewesen, sich auf örtlicher, regionaler und – ab Ende 1946 – auf Zonenebene zu organisieren. Die Konferenz in Frankfurt war somit die Geburtsstunde einer gesamtdeutschen Organisation, die sich dem sozialen und politischen Anliegen der Frauen und Männer aus dem Widerstand und der Opfer des Faschismus verpflichtet fühlte.

Von Anfang an verstanden die VVN-Mitglieder Antifaschismus als Zukunftsentwurf. Und so ist das Handeln der Organisation nicht nur bestimmt durch das Wirken für „die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln", sondern auch durch das Eintreten „für eine neue Welt des Friedens und der Freiheit".

Die vergangenen 50 Jahre waren für die Organisation sehr wechselvoll. Nach erster gesellschaftlicher Anerkennung folgten Ausgrenzung und Diskriminierung, die einerseits zeitweise zu politischer Verengung in der eigenen Organisation führten. In der DDR, in der immerhin die ökonomischen Wurzeln des Nazismus beseitigt worden sind, wurde jedoch die Organisation 1953 aufgelöst. In der BRD unter Adenauer wurden die Vereinigung und ihre Mitglieder wegen ihres Eintretens gegen Renazifizierung und Remilitarisierung auf die „schwarze Liste" gesetzt, Mitglieder erneut inhaftiert und die Vereinigung in einigen Bundesländern sogar verboten. Dennoch war in den 60er Jahren die VVN eine der ersten Organisationen, die gegen die NPD und alle neonazistischen Bestrebungen auftrat. Die Öffnung der Vereinigung für nachfolgende Generationen als „Bund der Antifaschisten" 1971 brachte einen neuen Aufschwung der Organisation, in der sich bis zum heutigen Tag historische Erfahrung der Zeitzeugen mit politischer Überzeugung der jungen Mitglieder verbindet.

Opferrenten für KZ-Aufseher

Nach Ende des II. Weltkrieges habe ich Dokumentar-Filme über die Konzentrationslager gesehen. Die Gaskammern, in denen Millionen umkamen. Die in Massengräbern ausgemergelten Leichen, Verhungerten oder zu Tode geprügelten KZ-Häftlinge. Die Berge von abgeschnittenen Haaren und ausgebrochenen Zähnen, die die Nazis noch verwerten wollten! Ich war entsetzt und konnte es nicht begreifen, daß Menschen so etwas ihren Mitmenschen antun konnten. Fassungslos lese ich jetzt im WK „Tausende von NS- und Kriegsverbrechern" beziehen eine „sogenannte Opferrente". Das Wort ist schon zynisch, eine Verhöhnung der tatsächlichen Opfer. Da bekommt ein Mann der „Juden zu Tode gebadet hat" eine Opferrente. Menschenverachtender geht's nicht mehr! Bundes- und Landeskassen sind mit Milliarden belastet, weil 50.000 Kriegsverbrecher monatlich Tausende DM an „Opferrenten" kassieren. In der Diskussion um die Steuerreform werden von der Bundesregierung immer neue Vorschläge, z.B. die Absenkung des Nettorentenniveaus , die Bezieher unterdurchschnittlicher Renten in die Sozialhilfe drängen würde, eingebracht. Auf die Streichung dieser „sogenannten Opferrenten" ist bis jetzt noch keiner gekommen. Das würde die Rentenkassen sofort entlasten.

Ingeborg Breidbach

Der Bundesausschuß erklärt:

Nazi-Opfer verlangen Entscheidung des Bundestages gegen Rentenzahlung an NS-Kriegsverbrecher. VVN-Sprecher übt scharfe Kritik an einer "verhängnisvollen Entwicklung", die zur Rentenzahlung an Nazis geführt habe, gleichzeitig aber Antifaschisten die Verfolgtenrente aberkennt.

Sofortige politische Entscheidungen des Gesetzgebers zur Einstellung von "Opferrenten" an NS-Kriegsverbrecher verlangt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN/BdA).

Es sei ein Riesenskandal und unerträglich für alle Opfer des Naziregimes, daß hohe und höchste Funktionäre sowie aktive Träger und Mittäter des Naziregimes "Kriegsopferrenten" erhalten. Der Bundestag müsse dies umgehend durch eine entsprechende Gesetzgebung unterbinden, heißt es in einer Erklärung des Bundessprechers der VVN/BdA, Peter Christian Walther.

Es sei bezeichnend für eine jahrzehntelange verhängnisvolle Entwicklung in Deutschland, daß immer wieder deutlich werde, daß von maßgeblichen Teilen der Exekutive und Rechtsprechung Milde oder gar Toleranz und Förderung gegenüber Trägern und Mitwirkenden des NS-Regimes praktiziert werde, während gegenüber Verfolgten und Antifaschisten ganz andere Maßstäbe und eine negative Haltung vorherrscht.

1,000,000 DM vom Bremer Senat für die DVU

DVU erklärt: „Den Sumpf der etablierten Parteien austrocknen ..."

Dies war eines der vollmundig angekündigten Ziele, die sich die neofaschistische DVU und deren spätere Abspaltung NK (National Konservative) während ihres Gastspiels in der Bremer Bürgerschaft von '87 bis '95 setzte. Mal abgesehen davon, daß der oben genannte Satz der braunen Fraktion einzig darauf abzielt, die Form des demokratischen Parlamentarismus und damit alle ihm angehörigen Parteien zu diffamieren, kann er in den eigenen Reihen kaum zum Leitsatz ihres Handelns genommen worden sein. Denn – Ironie des Schicksals – unmittelbar nach ihrem von vielen Bremer BürgerInnen herbeigesehnten politischen Aus bei der Bürgerschaftswahl 1995, steckten sie allesamt selbst bis zum Hals in jenem Sumpf: Da ist die Rede von einem Reißwolf, den die DVU angeblich mit Fraktionszuschüssen gekauft haben soll, der sich jedoch bei der Überprüfung der Finanzen durch den Rechnungshof in eine Waschmaschine verwandelte. Oder von einem Deal mit Parteichef Frey, dem man für eine hohe Summe einen großen Posten seines reaktionären Hetzblattes „Deutsche National Zeitung" (DNZ) abgekauft hat. Bei der NK hat man sich gar nicht erst bemüht, Bücher zu führen, sondern die Steuergelder schlichtweg unter sich verteilt.

Laut dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom 19. Oktober letzten Jahres kann die Bürgerschaft nun insgesamt 300.000 DM von den beiden Gruppierungen zurückverlangen. Bis zum Januar 1994 hat die DVU 1.000.000 DM (!) Steuergelder kassiert, hinzu kommen noch Diäten und Aufwandsentschädigungen und konnten damit ihre unerträgliche Hetze gegen Ausländer, Asylbewerber und Juden sowie ihre Propaganda für ein Großdeutschland finanzieren. Die Aggression dieser Hetze gegen Ausländer läßt sich u.a. an folgendem Zitat des ehemaligen Bremer Bürgerschaftsabgeordneten der DVU in der Bürgerschaft verdeutlichen: „Werfen sie die Schwindler hinaus, die Gauner, die Verbrecher multinationaler Herkunft, die Herointürken und Kokainneger, zigeunernde Plünderer und polnische Schmuggler und Autoschieber, denn durch die Duldung züchten sie ja Fremdenfeindlichkeit." 1

Hier liegt der eigentliche Skandal: Daß es für eine antidemokratische Organisation, deren Parteichef sich nicht entblödet in seinem Blatt „DNZ" u.a. zu behaupten, daß nicht ein einziger Jude im Gebiet des Deutschen Reichs vergast wurde (DNZ Nr. 9/1975), in diesem Land möglich ist, überhaupt in demokratischen Parlamenten zu sitzen und dermaßen finanziert zu werden.

Bleibt zu hoffen, daß dieses braune Geschmeiß in seinem eigenen Sumpf ertrinkt und sich die BremerInnen bei der nächsten Bürgerschaftswahl an die glorreichen Leistungen und Verdienste der DVU u. NK erinnern.

Jens

1 S.: Annette Linke: Der Multimillionär Frey und die DVU – Daten, Fakten, Hintergründe; Klartextverlag; 1994; S. 62

Vor 55 Jahren:

Am 02.03.1942 fand die Ermordung der 570 jüdischen Menschen, davon 440 aus Bremen, weitere 130 aus Stade, darunter 63 Kinder, die am 18.11.1941 vom Bremer Hauptbahnhof ins Vernichtungslager nach Minsk deportiert worden waren, statt. Sie Starben durch Erschießung, Vergasung, Hunger und Kälte. Die Inschrift auf dem Obelisk zu Minsk erinnert an die Massenerschießungen tausender jüdischer Russen und Deutscher:

„Lichtes Gedenken auf ewige Jahre der fünftausend Juden, der Heiligen – die ermordet worden sind durch die Hände der blutigsten Feinde der Menschheit – der faschistischen-deutschen Mörder-Verbrecher"

Am 12.02.1945 folgte ein weiter Transport von 90 Menschen aus Bremen nach Theresienstadt. Von den 1.314 Mitbürgern jüdischer Herkunft aus Bremen wurde die Hälfte ermordet, die Anderen konnten sich durch Auswanderung retten.

Neue Broschüren aus der VVN-BdA:

„Was heißt „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln? Zu den völkischen Grundlagen des deutschen Faschismus."

Der Osnabrücker Historiker Martin Bennhold hielt diesen furiosen Vortrag auf dem letzten Bundeskongreß. Er zeigte darin auf, wie deutsche Ideologen speziell den deutschen Nationalismus von Anfang an innig mit völkischen Vorstellungen verwebten. Dies hatte langandauernde Wirkungen bis in die Reihen der demokratischen Bewegungen hinein, wie Bennhold anhand einiger Führer der Arbeiterbewegung belegte. Eine seiner Schlußfolgerungen ist, daß „das völkische Denken noch heute unsere eigenen Köpfe füllt" und in dieser Hinsicht „dringender Bedarf an Untersuchung und Selbstkritik" bestehe.

(32 Seiten A5, 3 DM, Bezug: VVN-BdA Rolandstr. 16, 30161 Hannover) „Massenmörder in der Hamburger Polizei nach 1945?", Die Broschüre der Hamburger VVN-BdA hätte auch „Noch mehr mehr Mörder in Uniform: Polizeibataillone" heißen können. Ausgehend von einem Briefwechsel des Historikers Eberhard Zamory mit dem Innensenator entfaltet sich in dieser Dokumentation eine Kontroverse über Massenmörder, ihre Wiederindienststellung nach 1945 und die möglichen langfristigen Folgen für das Klima innerhalb der skandalträchtigen Hamburger Polizeiorganisation. Namentlich nachgewiesen und durch die Behörden bestätigt wird darin, daß 19 z.T. führend an Massakern in Osteuropa beteiligte Polizeioffiziere nach 1945 ohne größere Umstände zum Aufbau der Hamburger Polizei verwandt wurden. Die Dokumentation belegt weiterhin, daß Behördenvertreter zwar häufig leugnen, beschönigen und rechtfertigen, dies aber nicht zwangsläufig so sein muß. (Bezugsadresse: 38 Seiten DIN A 4, Verkaufspreis 6 DM, VVN-BdA, Hein-Hoyer Str. 41, 20359 Hamburg)

„Neofaschismus in Lüneburg" Die Lüneburger legen damit detaillierte Studien zur Politik neofaschistischer Kreisverbände vor. Teil 1 „Die Republikaner" (52 Seiten A 4, 5 DM), Teil 2 „Die NPD" (88 Seiten A 4, 6 DM) plus 3 DM Porto nach Überweisung auf das Konto: M. Braucks, VVN-BdA, Konto-Nr: 502 61? 68, BLZ 240 510 10, Stadtsparkasse Lüneburg unter Angabe der Anschrift und der gewünschten Broschüre

„5 – 6 – 7 – 8 – „Europa Vorn" wird dichtgemacht" Analysen und Materialien zu einem der umtriebigsten Verlage des neofaschistischen Spektrums liefert die VVN-BdA Aachen. Vor kurzem demonstrierten etwa 400 Menschen in Eschweiler-Dürwiß gegen die braune Nachbarschaft. Auszüge aus dem Inhalt: " „- Der Berufsfaschist Manfred Rouhs – eine Schlüsselfigur im westdeutschen Neofaschismus " – Die Ideologie – nicht neu, nicht einfach rechts – neofaschistisch " Der Vertrieb – das ökonomische Rückgrat oder braun verkauft sich gut " Der antifaschistische Widerstand"

(48 Seiten A4, 5 DM + 1,50 Porto, Briefmarken oder Vorüberweisung auf Kto. 1026900100, BLZ 39010111, D. Peukert VVN-BdA, Bestelladresse: K. Heller, Friedrichstr. 43, 52070 Aachen)

Die NPD formiert sich neu

Bundesparteitag der NPD nahe Bremen

Nach NPD Bekanntmachungen (Deutsche Stimme 1/97) fand am 07.und 08. Dezember in der Nähe von Bremen ein Bundes- und Programmparteitag statt. Das dieser Parteitag von der Bremer NPD organisiert werden konnte, zeigt deutlich das die Bundes-NPD ihre Bremer Geister für stark genug hält. Das muß uns zu Denken geben !! Angeblich sollen sich 250 Delegierte und Gäste eingefunden haben. Darunter auch der ehemalige spanische Staatssekretär Alberto Toresano von der faschistischen AUN (Alianza por la unidad nacional). Gemeinsam wollen sie gegen die „One World" Vorstellungen, sprich ein föderalistisches Europa und vielleicht auch mehr, kämpfen. Sie nennen es „ein Europa der Vaterländer".

Am 24. März 1996 hatte Udo Voigt die Führung der von Unterschlagungen und inneren Machtkämpfen zerstrittenen Partei übernommen und leider eine scheinbare Beruhigung geschafft. Günter Deckert, der ehemalige Vorsitzende, darf erst einmal für über ein Jahr gesiebte Luft atmen und braucht die Schwedischen Gardinen abends nicht zuziehen.

Intern will die NPD 15 Landes- und über 200 Kreisverbände reorganisieren um 1998 für die Bundestagswahlen gerüstet zu sein.

Eines der wesentlichen Punkte war der Versuch eine Zusammenarbeit verschiedener rechter Parteien bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen zu erreichen. Bis jetzt scheint das „Bündnis Deutschland" nicht von Erfolg gekrönt zu sein. Die DVU verlangt in Hamburg das Alleinvertretungsrecht der nationalen Szene zu besitzen und Dr. Schlierer von den REP's lehnt noch jedes Gespräch ab. Dabei hat sich gezeigt, daß ein solches Bündnis zu meinem Schrecken möglich und auch erfolgreich sein kann. In Stade war in Oktober die 5%-Hürde nicht hoch genug. Die an dem „Bündnis" beteiligten REP's sollen aus ihrer Partei ausgeschlossen werden. In Hessen will die NPD im März ihre knapp 50 (!) Kommunalmandate mehren. Auf das es schief gehe!

Finanziell geht es der Partei nach der Erbschaft des Vermögens der Geschwister Krieg (so ein Zufall) aus Eningen bei Stuttgart wieder zu gut. Etwa 360.000 DM hat Voigt in seiner kurzen Amtszeit an Spenden und Darlehensgelder eingefahren. Das finde ich bedrohlich, denn er sagt was viele in Deutschland denken: „Wir wollen die politische Macht!" und er weiß auch wie: „Irgendwann langt irgendwer irgendwo gewaltig hin – und dafür hätte ich psychopathologisch Verständnis!" (Zitat: K. Weinschenk). Weitere Programmpunkte sind die Wiedereinführung der Todesstrafe, die Abschaffung des Asylrechts, der Ausstieg aus NATO und UNO und das Ausländer Steuer zahlen dürfen aber keine Leistungen beziehen können. Die Revision der, wie die braunen Gesellen sagen, „Geschichtsklitterung" und 1/2ein jeder bleibt im eigenen Land sind schon vertraute Losungen. Genau wie der Versuch einer „Vergangenheitsbewältigung". Als ob sich die Vergangenheit bezwingen läßt. Wer aus dem Geschehenen nicht lernen kann oder will, wird gefährlich. „ Deutschland in seinen historischen Grenzen" nennt sich so was dann. Offen bekennen sie sich zu den Theorien der Verhaltensforschung. Auf was und wen sich die „Traditionspartei" beruft zeigt die erneute postume Ehrung eines Adolf von Thadden.

Gerold (AG Neofaschismus)

„Respektieren nicht zerreden" – versprach der Kanzler

Zum 50. Jahrestag des Kriegsendes – 1945 – erklärte Kanzler Kohl: „Erinnerungen werden wach, und bei der älteren Generation beginnen Wunden wieder zu schmerzen ... Wir sollten sie respektieren und nicht zerreden." Genau das will die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht", die demnächst im Rathaus in Bremen gezeigt werden soll. Den Alt- und Neonazis, sowie Ewiggestrigen in der CDU paßt die Ausstellung im Rathaus nicht in ihre Politik, oder?

Wenn Kanzler Kohl in seiner Rede feststellt: „Zwei Drittel der heute lebenden Deutschen sind nach dem Kriege geboren. Ihnen müssen Bilder und Filme, Augenzeugenberichte, Tagebücher und vor allem die ... Erinnerungen der älteren Generation die entsetzlichen Folgen des von Hitler entfesselten Krieges ... vor Augen führen," dann erfüllt die Ausstellung gerade im Rathaus diese Aufgabe. Und ganz besonders gegenwärtig, da Krieg wieder auf europäischem Boden zurückgekehrt ist.

Angesichts der Tatsache, daß auch deutsche Bundeswehrsoldaten in diesen verwickelt werden, zwingt sich mir – als Zeitzeuge des Zweiten Weltkrieges – eine Erinnerung an J. F. Strauß auf. In den ersten Nachkriegsjahren in denen er sich noch antimilitaristisch gab, sagte er auf einer Kundgebung der CSU: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem sollen die Hände abfallen." Wieviel hunderttausenden Deutschen müßten demnach die Hände abgefallen sein?

Alois

Das Volk ist dumm,
das macht der Kohl
er bläht nur unterm
Schurze.
Den Kopf hingegen läßt
er hohl,
so herrscht im Reich,
ich sag's zum Wohl
„politisches Gefurze"

Walther von der Vogelweide
Er lebte von etwa 1170 bis 1230

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________
Straße ____________
PLZ, Ort ____________
Telefon ____________
Geburtsdatum, Ort ____________
Beruf ____________
Bremen, den ____________
Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Erklärung mit Leben erfüllen!

Am 30. Januar hat der Deutsche Bundestag mit „überwältigender Mehrheit" der bereits von Bundeskanzler Kohl und dem tschechischen Ministerpräsidenten Klaus unterzeichneten deutsch-tschechischen Erklärung zugestimmt.

In unserer Februar-Ausgabe sagten wir dazu: Die VVN/BdA begrüßt, daß es endlich zu einer solchen Erklärung gekommen ist. Sie weist darauf hin, daß die deutschen Antifaschisten und ihre Verbände seit ihrer Gründung für die Verständigung zwischen den beiden Völkern eingetreten sind. Wir haben aber auch keinen Zweifel daran gelassen, daß diese Erklärung keineswegs ein Optimum darstellt, sondern in mancherlei Hinsicht der Kritik bedarf. Sie ist ein Kompromiß, der den historischen Tatsachen nur sehr bedingt gerecht wird, der die tschechische Seite benachteiligt und den revanchistischen Forderungen nach Recht auf Heimat und Besitzansprüchen, wie sie speziell von den Spitzen der CSU und den Sudetendeutschen Landsmannschaften erhoben werden, nicht eindeutig einen Riegel vorschiebt.

Es ist außerordentlich bedenklich und empörend, wenn Kanzler Kohl mit seiner, wie es in den Medien heißt, „scharf formulierten Bemerkung, daß die Frage sudetendeutscher Vermögensansprüchen weiterhin offen sei", die gerade unterzeichnete Erklärung in Frage stellt und den Revanchisten unverhüllt den Rücken stärkt.

In Tschechien werden deshalb von den unterschiedlichsten Organisationen starke Bedenken erhoben und der Erklärung Widerstand entgegengesetzt. So z.B. fordert eine größere Gruppe Parlamentarier, darüber in einer Volksabstimmung zu entscheiden und organisieren dafür eine Unterschriftensammlung. Der Vorstand der Kommunistischen Partei Tschechiens bemängelt: Die Erklärung setze die Umsiedlung der Sudetendeutschen mit den von den deutschen Nazis begangenen Morden und ihren Ausrottungsplänen gleich ... Die falsche und verhängnisvolle Interpretation der Vergangenheit ermögliche sowohl Einzelpersonen als auch Vertretern der sudetendeutschen Vereinigungen, unter Bezugnahme auf internationale Konventionen über die Menschenrechte, die Verwirklichung ihrer ungerechtfertigten Eigentums- und anderer Ansprüche anzustreben. ... Schließlich berühre die Erklärung nicht eine so selbstverständliche Frage wie eine Kompensation für tschechische Opfer des deutschen Nazimus.

Was bei aller Kritik meines Erachtens jedoch völlig außer acht gelassen wird, ist die Rolle der ökonomischen Macht und ihrer Interessen. Heute, 52 Jahre nach Ende der faschistischen Barbarei, ist Deutschland zur ökonomischen Macht im Herzen Europas geworden. Das deutsche Großkapital drängt erneut nach Anlagemöglichkeiten und Absatzmärkten in andern Ländern, auch nicht zuletzt in dem ehemals realsozialistischen Polen, Ungarn und Tschechien. Heute schon hat z.B. der VW-Konzern die Skodawerke finanziell völlig in seiner Hand. Keineswegs Uneigennützigkeit und Menschenfreundlichkeit stehen hinter dem Bemühen, letzte Hemmnisse im Verhältnis zu Tschechien zu beseitigen. Es geht vielmehr darum, auch dieses Land so bald wie möglich einzubeziehen in die Europakonzeptionen der herrschenden Kräfte in Deutschland: Eine Europa-Union, in der das deutsche Kaptal kraft seiner ökonomischen Überlegenheit die dominierende Rolle spielt.

Um so wichtiger ist es deshalb, daß die halbwegs richtigen Feststellungen in der Erklärung zur Schuld Deutschlands und den daraus resultierenden Verpflichtungen gegenüber der tschechischen Republik und den tschechischen Opfern des Faschismus nicht formales Bekenntnis bleiben, sondern mit Leben erfüllt werden.

Herbert Breidbach

Geburtstage im März 1997

Hartmut Drewes	11.03., 58 J.
Adolf Pusch	21.03., 85 J.
Tilla Hundertmark	22.03., 82 J.
Heinz Federmann	26.03., 65 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Frauenpolitik in der EU

Zwischen Markt und Mittelalter

Zu diesem Thema referiert Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann am Montag, dem 10. März 1997 um 18:00 Uhr im Kultursaal der Arbeiterkammer, Friedrich-Ebert-Straße 3 in Bremerhaven.

nordpol

Streitgespräche + Musik

Eine gemeinsame Veranstaltungsreihe vom Gustav-Heinemann-Bürgerhaus, Jugendbildungsstätte Lidice-Haus und Volkshochschule Bremen-Nord

NORDPOL im Gespräch im Bürgerhaus Vegesack

Montag, 7. April 1997, 20.00 Uhr

Valentin Falin, ehemaliger sowjetischer Botschafter in Bonn:

„Konflikte im Kreml" – Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit

Lesung und Diskussion: ... geheime Dokumente aus erster Hand erläutert...

(Diese Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit der Vegesacker Buchhandlung C. C. Otto statt) Eintritt: DM 10,00/DM8,00

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.
(Wir sind gemeinnützig und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt)
Wir sind regelmäßig erreichbar:
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 - Fax: 04 21/38 29 18
Montag 16.00 – 19.00 Uhr
Donnerstag 15.00 – 18.00 Uhr
Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit
Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen von Gruppen für alternative Stadtrundgänge im Büro oder direkt unter (04 21) 61 12 62
Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,
jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt unsere Auffassung wieder.
Redaktionsschluß: am 10. des Monats
V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)